

Vollzugsverordnung zum Finanzausgleichsgesetz

vom 30. Oktober 2007 (Stand 1. Mai 2018)

Die Regierung des Kantons St.Gallen

erlässt

in Ausführung des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. September 2007¹

als Verordnung:²

I. Allgemeine Bestimmungen

(1.)

Art. 1 Zuständigkeit

¹ Das Departement des Innern ist für den Vollzug des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. September 2007³ zuständig.

Art. 2 Begriffe*

¹ Bemessungsjahre sind die Jahre, aus denen die Datengrundlagen stammen.

² Ausgleichsjahr ist das Jahr, für das die Finanzausgleichsbeiträge geleistet werden.

Art. 3 Mitwirkungspflicht

¹ Die politischen Gemeinden und die Schulgemeinden erteilen der zuständigen Stelle des Kantons die erforderlichen Auskünfte und stellen ihr auf Verlangen die erforderlichen Unterlagen zur Verfügung.

1 sGS 813.1.

2 nGS 43–39. Im Amtsblatt veröffentlicht am 17. Dezember 2007, ABl 2007, 3640 ff.; in Vollzug ab 1. Januar 2008.

3 sGS 813.1.

813.11

Art. 4* *Ausrichtung von Beiträgen*

¹ Beiträge aus dem Ressourcenausgleich und dem allgemeinen Sonderlastenausgleich werden den Gemeinden während des Ausgleichsjahres in höchstens vier Teilzahlungen ausgerichtet.*

² Beiträge aus dem partiellen Steuerfussausgleich sowie dem Übergangsausgleich werden den Gemeinden während des Ausgleichsjahres in höchstens drei Teilzahlungen ausgerichtet.*

II. Ressourcenausgleich

(2.)

Art. 5* *Bemessungsjahr und -zeitpunkt*

¹ Bemessungsjahre für die Berechnung des Zweijahresmittels nach Art. 7 Abs. 2 des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. September 2007⁴ sind das vorletzte und das vorvorletzte Jahr vor dem Ausgleichsjahr.

² Für die Berechnung der technischen Steuerkraft nach Art. 7 Abs. 1 Bst. a und b des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. September 2007⁵ ist die Einwohnerzahl gemäss Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (Statpop) des Bundesamtes für Statistik am Ende des jeweiligen Bemessungsjahres massgebend.

³ Massgebliche Einwohnerzahl nach Art. 7 Abs. 1 Bst. d des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. September 2007⁶ ist die Einwohnerzahl gemäss Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (Statpop) des Bundesamtes für Statistik in der Mitte der Bemessungsjahre.

Art. 6 *Standardisierter Ertrag der Gemeindesteuern*

¹ Der standardisierte Ertrag der Einkommens- und Vermögenssteuer entspricht der mit dem durchschnittlichen Steuerfuss multiplizierten einfachen Steuer. Der durchschnittliche Steuerfuss entspricht dem Steuerertrag aller Gemeinden nach Abzug der endgültigen Steuerverluste und -erlasse, dividiert durch die einfache Steuer aller Gemeinden.*

² Der standardisierte Ertrag der Grundsteuer entspricht:

a)* für Grundstücke von natürlichen und juristischen Personen dem Steuerertrag nach Abzug der endgültigen Steuerverluste und -erlasse, dividiert durch den Steuersatz der Gemeinde und multipliziert mit dem gewogenen durchschnittlichen Steuersatz aller Gemeinden;

4 sGS 813.1.

5 sGS 813.1.

6 sGS 813.1.

b)* für Grundstücke juristischer Personen, die von der Steuerpflicht befreit sind und deren Grundstücke unmittelbar öffentlichen oder gemeinnützigen Zwecken dienen, dem Steuerertrag nach Abzug der endgültigen Steuerverluste und -erlasse.

³ Der standardisierte Ertrag der Handänderungssteuer entspricht dem Steuerertrag nach Abzug der endgültigen Steuerverluste und -erlasse.*

Art. 7 Standardisierter Ertrag der Gemeindeanteile an kantonalen Steuern

¹ Der standardisierte Ertrag der Gewinn- und Kapitalsteuer sowie der Grundstückgewinnsteuer entspricht dem Gemeindeanteil nach Abzug der endgültigen Steuerverluste und -erlasse.*

² Der standardisierte Ertrag der Quellensteuer entspricht dem um den Anteil für die Feuerwehrabgabe verringerten Gemeindeanteil nach Abzug der endgültigen Steuerverluste und -erlasse.*

*Art. 8 Prüfung der Steuerverluste und -erlasse**

¹ ...*

² Die zuständige Stelle des Kantons kann die Steuerverluste und -erlasse prüfen.

III. Allgemeiner Sonderlastenausgleich (3.)

1. Sonderlastenausgleich Weite (3.1.)

Art. 9 Bemessungsjahr und -zeitpunkt*

¹ Bemessungsjahr für die Bestimmungsfaktoren ist das vorletzte Jahr vor dem Ausgleichsjahr.

² Für folgende Bestimmungsfaktoren ist jeweils der Wert am Ende des Bemessungsjahres massgebend:*

- a)* Einwohnerzahl gemäss Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (Statpop) des Bundesamtes für Statistik;
- b)* gewichtete Strassenlänge;
- c)* Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner mit Wohnsitz über 800 Meter über Meer;
- d)* Gemeindefläche gemäss amtlicher Vermessung;
- e)* Streuung bedeutender Siedlungen auf dem Gemeindegebiet, die nicht in der Nähe anderer bedeutender Siedlungen liegen.

³ ...*

813.11

Art. 10 Gewichtete Strassenlänge

¹ Zur Berechnung der gewichteten Strassenlänge werden die massgeblichen Strassenkategorien mit folgenden Faktoren gewichtet:

- a) Gemeindestrassen erster Klasse: 40
- b) Gemeindestrassen zweiter Klasse: 26
- c) Gemeindestrassen dritter Klasse: 6
- d) Wege erster Klasse: 6
- e) Gehwege: 11
- f) Kantonsstrassen zweiter Klasse innerhalb der Bauzonen: 11

² Für Anteile, die oberhalb von 600 Meter über Meer liegen, werden die in Abs. 1 Bst. a bis e dieser Bestimmung genannten Faktoren um 20 Prozent erhöht.

Art. 10a* Streuung bedeutender Siedlungen

¹ Eine Siedlung entspricht einer abgeschlossenen Bauzone gemäss kommunalem Zonenplan.

² Bedeutende Siedlungen werden in folgenden Schritten ermittelt:

- a) Schritt 1: Selektion der Siedlungen, die wenigstens zehn Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner einer Gemeinde oder wenigstens 400 Einwohnerinnen und Einwohner umfassen;
- b) Schritt 2: Zusammenfassen zu einer Siedlung von in Schritt 1 ermittelten Siedlungen innerhalb einer Gemeinde, deren geometrische Mittelpunkte weniger als 2'500 Meter Strassendistanz auseinanderliegen;
- c) Schritt 3: Selektion der in Schritt 1 und 2 ermittelten Siedlungen, deren geometrische Mittelpunkte in wenigstens 2'500 Meter Strassendistanz zu den geometrischen Mittelpunkten von in Schritt 1 und 2 ermittelten Siedlungen in anderen Gemeinden liegen.

³ Die Streuung entspricht dem Durchmesser des kleinsten Kreises, der die geometrischen Mittelpunkte sämtlicher bedeutenden Siedlungen auf einem Gemeindegebiet umfasst.

Art. 11* ...

1bis. Soziodemographischer Sonderlastenausgleich*

(3.1^{bis}.)

Art. 11a* Bemessungsjahr und -zeitpunkt

¹ Bemessungsjahr für die Bestimmungsfaktoren ist das vorletzte Jahr vor dem Ausgleichsjahr.

² Massgebliche Einwohnerzahl ist die Zahl gemäss Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (Statpop) des Bundesamtes für Statistik am Ende des Bemessungsjahres.

Art. 11b Meldung über die entstandenen Kosten*

¹ Die politische Gemeinde meldet der zuständigen Stelle des Kantons bis Ende Mai des dem Ausgleichsjahr vorangehenden Jahres:

- a)* den ihr entstandenen Nettoaufwand für die Unterbringung bei Pflegeeltern nach Art. 17c Abs. 1 Bst. a Ziff. 2 des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. September 2007⁷;
- b)* den ihr entstandenen Nettoaufwand für die sozialpädagogische Familienbegleitung nach Art. 17c Abs. 1 Bst. a Ziff. 3 des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. September 2007⁸;
- c)* den ihr entstandenen Nettoaufwand für die finanzielle Sozialhilfe nach Art. 17e Abs. 1 Bst. a Ziff. 1 des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. September 2007⁹;
- d)* den ihr entstandenen Nettoaufwand für die arbeitsmarktlichen Projekte nach Art. 17e Abs. 1 Bst. a Ziff. 4 des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. September 2007¹⁰;
- e)* den ihr entstandenen Nettoaufwand für Elternschaftsbeiträge nach Art. 17e Abs. 1 Bst. a Ziff. 2 des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. September 2007¹¹;
- f)* den ihr entstandenen Nettoaufwand für Vorschüsse für Unterhaltsbeiträge nach Art. 17e Abs. 1 Bst. a Ziff. 3 des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. September 2007¹².

2. Sonderlastenausgleich Schule

(3.2.)

Art. 12 Bemessungsjahr und -zeitpunkt*

¹ Bemessungsjahr für die Bestimmungsfaktoren ist das vorletzte Jahr vor dem Ausgleichsjahr.

² Massgebliche Einwohnerzahl ist die Zahl gemäss Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (Statpop) des Bundesamtes für Statistik am Ende des Bemessungsjahres.

³ Massgebliche Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Volksschule ist die Zahl am Ende des Bemessungsjahres.*

7 sGS 813.1.
 8 sGS 813.1.
 9 sGS 813.1.
 10 sGS 813.1.
 11 sGS 813.1.
 12 sGS 813.1.

813.11

⁴ Massgebliche Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Sonderschule ist die Zahl am Ende des Bemessungsjahres.*

⁵ Der BLD-Sozialindex wird alle zwei Jahre neu berechnet. Massgeblich ist der am Ende des Bemessungsjahres aktuelle Index.*

Art. 13 Zahl der Schülerinnen und Schüler
a) Zuordnung
*1. Volksschule**

¹ Massgebend ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Volksschule:*

- a) die sich schulrechtlich in der politischen Gemeinde aufhalten und eine öffentliche oder eine durch die Trägerin der öffentlichen Volksschule mit Beiträgen unterstützte private Volksschule besuchen;
- b)* deren Eltern in der politischen Gemeinde Wohnsitz haben und für welche die Trägerin der öffentlichen Volksschule eine Sonderschulung in einer anderen Gemeinde angeordnet oder den Besuch einer Schule für Hochbegabte in einer anderen Gemeinde gestattet hat.

Art. 13a 2. Sonderschule*

¹ Massgebend ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Sonderschule, deren Eltern in der politischen Gemeinde Wohnsitz haben und für welche die Trägerin der öffentlichen Volksschule eine Sonderschulung angeordnet hat.

Art. 14 b) Erhebung

¹ Die politische Gemeinde meldet der zuständigen Stelle des Kantons die Zahl der Schülerinnen und Schüler bis Ende Mai des dem Ausgleichsjahr vorangehenden Jahres.

² Die Schulgemeinde wirkt bei der Erhebung der Zahl der Schülerinnen und Schüler mit. Die Mitwirkungspflicht ist erfüllt, wenn sie eine Schülerstatistik nach den Vorgaben der zuständigen Stelle des Kantons führen.

*Art. 15 Ermittlung des kantonalen Durchschnitts der Kosten je Schülerin und Schüler in der Volksschule**

¹ Für die Berechnung des kantonalen Durchschnitts der Kosten je Schülerin und Schüler der Volksschule wird der Finanzbedarf aller Schulgemeinden sowie der Nettoaufwand für die öffentliche Volksschule aller politischen Gemeinden, die zugleich Trägerinnen der Volksschule sind, addiert und durch die Zahl der Schülerinnen und Schüler der Volksschule im Kanton dividiert.*

3. Sonderlastenausgleich Stadt St.Gallen

(3.3.)

Art. 16 *Zentralörtliche Leistungen*
 a) Anpassung des Ausgleichsbeitrags

¹ Der Ausgleichsbeitrag wird jährlich dem Indexstand vom Juni des dem Ausgleichsjahr vorangehenden Jahres angepasst, erstmals für das Ausgleichsjahr 2009.

Art. 17 *b) Meldepflicht*

¹ Erhält die politische Gemeinde St.Gallen neue Zahlungen oder verändern sich bestehende Zahlungen zur Abgeltung zentralörtlicher Leistungen, meldet sie dies der zuständigen Stelle des Kantons.

Art. 18* ...

Art. 19* ...

IV. Zusätzlicher Ausgleich für politische Gemeinden mit hohem Steuerfuss

(4.)

1. Gemeinsame Bestimmungen

(4.1.)

Art. 20* ...

Art. 21* ...

2. Partieller Steuerfussausgleich

(4.2.)

Art. 22* ...

Art. 23* ...

Art. 24* ...

Art. 25* ...

Art. 26* ...

Art. 27* ...

813.11

Art. 28* ...

Art. 29* ...

Art. 30* ...

3. Individueller Sonderlastenausgleich

(4.3.)

Art. 31* ...

Art. 32* ...

Art. 32a* ...

Art. 33* ...

Art. 34* ...

V. Schlussbestimmungen

(5.)

Art. 35 *Übergangsausgleich*
 a) Schulgemeinden

¹ Die Bestimmungen über den Übergangsausgleich werden sachgemäss auf die auf dem Gebiet der politischen Gemeinde bestehenden Schulgemeinden angewendet.

Art. 36 *b) ordentliche Aufgaben*

¹ Als ordentliche Aufgaben gelten Aufgaben, die:

- a) der Gemeinde durch die Gesetzgebung vorgeschrieben sind;
- b) die Gemeinde im unmittelbaren öffentlichen Interesse selbst wählt, wie Kulturförderung, Wanderwege, Sport, Tourismus, Entwicklungsförderung sowie freiwillige Aufgaben im Rahmen des allgemeinen Schulzwecks. Vorbehalten bleibt die vorgängige Zustimmung des zuständigen Departementes.

² Die Aufgaben sind nach wirtschaftlichen Grundsätzen und nach ihrer Dringlichkeit zu erfüllen.

³ Für die Beurteilung der finanziellen Tragbarkeit und der zeitlichen Angemessenheit einer Ausgabe wird die Finanzplanung der Gemeinde beigezogen.

Art. 37 *c) Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen*

¹ Die Abschreibungen auf dem Buchwert betragen höchstens:

- a) auf Mobilien, Maschinen, Fahrzeugen und Planungsausgaben 35 Prozent;
- b) auf Gemeindestrassen 15 Prozent;
- c) auf dem übrigen Verwaltungsvermögen 10 Prozent.

² Bei Abschreibungen auf dem Anschaffungs- oder dem Erstellungswert werden die ordentlichen Abschreibungssätze nach Abs. 1 dieser Bestimmung halbiert.

Art. 38 *d) Abschreibungen auf dem Finanzvermögen*

¹ Die Abschreibungen auf dem Finanzvermögen sind im Rahmen der Wertverminderungen oder Verluste vorzunehmen, soweit sie dauernd sind.

Art. 39 *e) Investitionsausgaben*

¹ Das zuständige Departement setzt die Investitionsausgaben fest.

² Übersteigen die anrechenbaren Investitionsausgaben den Betrag von Fr. 1 000 000.–, ist die Zustimmung der Regierung erforderlich.

Art. 40* *f) Reserve zur Entwicklung der Infrastruktur*

¹ Einlagen in eine Reserve zur Entwicklung der Infrastruktur sind zulässig, soweit sie die Zinsvergünstigungen nicht übersteigen, die der Bund nach dem Bundesgesetz über die Investitionshilfe für Berggebiete vom 21. März 1997¹³ gewährt hat.

² Der Bestand der Reserve ist auf die fünffache Jahreszinsvergünstigung des Bundes begrenzt.

³ Die Reserve ist für Aufwendungen der politischen Gemeinde und der Schulgemeinden ausserhalb des Übergangsausgleichs zu verwenden. Sie wird durch die politische Gemeinde verwaltet.

Art. 41 *g) Globalkredit*

¹ Der Globalkredit gilt als Voranschlagskredit.

² Er entspricht dem Saldo aus Kosten und Erlösen einer Dienststelle oder einer Produktgruppe. Er ist mit einem Leistungsauftrag verknüpft.

³ Das zuständige Departement regelt das Verfahren bei Globalkreditabweichungen.

¹³ AS 1997 2995 (SR 901.1), aufgehoben.

813.11

Art. 42 *h) Einnahmequellen*

¹ Die Gemeinde, die einen Beitrag aus dem Übergangsausgleich beansprucht, hat die gemeindeeigenen Einnahmequellen angemessen auszuschöpfen. Art. 27 dieses Erlasses in der Fassung vor Vollzugsbeginn des V. Nachtrags vom 7. Februar 2017 wird sachgemäss angewendet.*

Art. 43 *i) Festsetzung des Ausgleichsbeitrags*

¹ Der Ausgleichsbeitrag wird aufgrund der Jahresrechnung festgesetzt. Die zuständige Stelle des Kantons ermittelt ihn aufgrund des Voranschlags provisorisch.

² Sie teilt den definitiven Beitrag der politischen Gemeinde spätestens sechs Wochen nach der Prüfung der Jahresrechnung mit.

³ Weicht der definitive vom provisorischen Beitrag ab, wird die Differenz mit Nachzahlungen oder Rückerstattungen ausgeglichen.

Art. 44 *j) Nachweis der zumutbaren Anstrengungen*

¹ Die Gemeinde, die einen Beitrag aus dem Übergangsausgleich beansprucht, hat auf Verlangen der zuständigen Stelle des Kantons in einem Bericht darzulegen, welche zumutbaren eigenen Anstrengungen sie unternimmt, um die künftige Steuerbelastung zu senken.

Art. 45* ...

Art. 46 ¹⁴

Art. 47 ¹⁵

Art. 48 *Aufhebung bisherigen Rechts*

¹ Die Vollzugsverordnung zum Finanzausgleichsgesetz vom 8. Oktober 1985¹⁶ wird aufgehoben.

Art. 49 *Vollzugsbeginn*

¹ Dieser Erlass wird ab 1. Januar 2008 angewendet.

14 Änderungen bisherigen Rechts werden nicht aufgeführt.

15 Änderungen bisherigen Rechts werden nicht aufgeführt.

16 nGS 41-34 (sGS 813.11).

Art. 50 Übergangsbestimmung des V. Nachtrags vom 7. Februar 2017*

¹ Solange den Gemeinden nach Art. 64a des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. September 2007¹⁷ der partielle Steuerfussausgleich zur Verfügung steht, richtet sich der Vollzug nach Art. 22 bis 24 sowie 26 bis 30 der Vollzugsverordnung zum Finanzausgleichsgesetz vom 30. Oktober 2007¹⁸ in der Fassung vor Vollzugsbeginn dieses Nachtrags.

17 sGS 813.1.

18 sGS 813.11.

* Änderungstabelle - Nach Bestimmung

Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle	Erlassdatum	Vollzugsbeginn
Erlass	Grunderlass	43-39	30.10.2007	01.01.2008
Art. 2	geändert	48-76	11.02.2013	01.01.2013
Art. 4	geändert	48-76	11.02.2013	01.01.2013
Art. 4, Abs. 1	geändert	2014-044	11.02.2014	01.01.2014
Art. 4, Abs. 1	geändert	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 4, Abs. 2	eingefügt	2014-044	11.02.2014	01.01.2014
Art. 4, Abs. 2	geändert	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 5	geändert	48-76	11.02.2013	01.01.2013
Art. 6, Abs. 1	geändert	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 6, Abs. 2, a)	geändert	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 6, Abs. 2, b)	geändert	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 6, Abs. 3	geändert	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 7, Abs. 1	geändert	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 7, Abs. 2	geändert	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 8	Artikeltitel geändert	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 8, Abs. 1	aufgehoben	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 9	geändert	48-76	11.02.2013	01.01.2013
Art. 9, Abs. 2	geändert	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 9, Abs. 2, a)	eingefügt	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 9, Abs. 2, b)	eingefügt	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 9, Abs. 2, c)	eingefügt	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 9, Abs. 2, d)	eingefügt	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 9, Abs. 2, e)	eingefügt	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 9, Abs. 3	aufgehoben	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 10a	eingefügt	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 11	aufgehoben	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Gliederungstitel 3.1 ^{bis} .	eingefügt	2014-044	11.02.2014	01.01.2014
Art. 11a	eingefügt	2014-044	11.02.2014	01.01.2014
Art. 11b	eingefügt	2014-044	11.02.2014	01.01.2014
Art. 11b, Abs. 1, a)	geändert	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 11b, Abs. 1, b)	geändert	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 11b, Abs. 1, c)	geändert	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 11b, Abs. 1, d)	geändert	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 11b, Abs. 1, e)	geändert	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 11b, Abs. 1, e)	geändert	2018-034	03.04.2018	01.05.2018
Art. 11b, Abs. 1, f)	geändert	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 12	geändert	48-76	11.02.2013	01.01.2013
Art. 12, Abs. 3	geändert	2014-044	11.02.2014	01.01.2014
Art. 12, Abs. 4	eingefügt	2014-044	11.02.2014	01.01.2014

Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle	Erlassdatum	Vollzugsbeginn
Art. 12, Abs. 5	eingefügt	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 13	Artikeltitle geändert	2014-044	11.02.2014	01.01.2014
Art. 13, Abs. 1	geändert	2014-044	11.02.2014	01.01.2014
Art. 13, Abs. 1, b)	geändert	2014-044	11.02.2014	01.01.2014
Art. 13a	eingefügt	2014-044	11.02.2014	01.01.2014
Art. 15	Artikeltitle geändert	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 15, Abs. 1	geändert	2014-044	11.02.2014	01.01.2014
Art. 18	aufgehoben	2014-044	11.02.2014	01.01.2014
Art. 19	aufgehoben	2014-044	11.02.2014	01.01.2014
Art. 20	aufgehoben	48-76	11.02.2013	01.01.2013
Art. 21	aufgehoben	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 22	geändert	48-76	11.02.2013	01.01.2013
Art. 22	aufgehoben	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 23	geändert	48-76	11.02.2013	01.01.2013
Art. 23	aufgehoben	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 24	geändert	48-76	11.02.2013	01.01.2013
Art. 24	aufgehoben	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 25	aufgehoben	48-76	11.02.2013	01.01.2013
Art. 26	aufgehoben	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 27	aufgehoben	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 27, Abs. 1, b)	geändert	2014-044	11.02.2014	01.01.2014
Art. 28	geändert	44-122	06.10.2009	01.01.2010
Art. 28	aufgehoben	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 29	aufgehoben	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 30	aufgehoben	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 31	geändert	48-76	11.02.2013	01.01.2013
Art. 31	aufgehoben	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 32	aufgehoben	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 32a	eingefügt	48-76	11.02.2013	01.01.2013
Art. 32a	aufgehoben	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 33	aufgehoben	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 34	aufgehoben	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 40	geändert	48-76	11.02.2013	01.01.2013
Art. 42, Abs. 1	geändert	2017-021	07.02.2017	01.01.2017
Art. 45	geändert	47-109	03.07.2012	01.07.2012
Art. 45	aufgehoben	2014-044	11.02.2014	01.01.2014
Art. 50	eingefügt	2017-021	07.02.2017	01.01.2017

* Änderungstabelle - Nach Erlassdatum

Erlassdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
30.10.2007	01.01.2008	Erlass	Grunderlass	43-39

813.11

Erlassdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
06.10.2009	01.01.2010	Art. 28	geändert	44-122
03.07.2012	01.07.2012	Art. 45	geändert	47-109
11.02.2013	01.01.2013	Art. 2	geändert	48-76
11.02.2013	01.01.2013	Art. 4	geändert	48-76
11.02.2013	01.01.2013	Art. 5	geändert	48-76
11.02.2013	01.01.2013	Art. 9	geändert	48-76
11.02.2013	01.01.2013	Art. 12	geändert	48-76
11.02.2013	01.01.2013	Art. 20	aufgehoben	48-76
11.02.2013	01.01.2013	Art. 22	geändert	48-76
11.02.2013	01.01.2013	Art. 23	geändert	48-76
11.02.2013	01.01.2013	Art. 24	geändert	48-76
11.02.2013	01.01.2013	Art. 25	aufgehoben	48-76
11.02.2013	01.01.2013	Art. 31	geändert	48-76
11.02.2013	01.01.2013	Art. 32a	eingefügt	48-76
11.02.2013	01.01.2013	Art. 40	geändert	48-76
11.02.2014	01.01.2014	Art. 4, Abs. 1	geändert	2014-044
11.02.2014	01.01.2014	Art. 4, Abs. 2	eingefügt	2014-044
11.02.2014	01.01.2014	Gliederungstitel 3.1 ^{bis}	eingefügt	2014-044
11.02.2014	01.01.2014	Art. 11a	eingefügt	2014-044
11.02.2014	01.01.2014	Art. 11b	eingefügt	2014-044
11.02.2014	01.01.2014	Art. 12, Abs. 3	geändert	2014-044
11.02.2014	01.01.2014	Art. 12, Abs. 4	eingefügt	2014-044
11.02.2014	01.01.2014	Art. 13	Artikeltitlel ge- ändert	2014-044
11.02.2014	01.01.2014	Art. 13, Abs. 1	geändert	2014-044
11.02.2014	01.01.2014	Art. 13, Abs. 1, b)	geändert	2014-044
11.02.2014	01.01.2014	Art. 13a	eingefügt	2014-044
11.02.2014	01.01.2014	Art. 15, Abs. 1	geändert	2014-044
11.02.2014	01.01.2014	Art. 18	aufgehoben	2014-044
11.02.2014	01.01.2014	Art. 19	aufgehoben	2014-044
11.02.2014	01.01.2014	Art. 27, Abs. 1, b)	geändert	2014-044
11.02.2014	01.01.2014	Art. 45	aufgehoben	2014-044
07.02.2017	01.01.2017	Art. 4, Abs. 1	geändert	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 4, Abs. 2	geändert	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 6, Abs. 1	geändert	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 6, Abs. 2, a)	geändert	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 6, Abs. 2, b)	geändert	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 6, Abs. 3	geändert	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 7, Abs. 1	geändert	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 7, Abs. 2	geändert	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 8	Artikeltitlel ge- ändert	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 8, Abs. 1	aufgehoben	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 9, Abs. 2	geändert	2017-021

Erlassdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
07.02.2017	01.01.2017	Art. 9, Abs. 2, a)	eingefügt	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 9, Abs. 2, b)	eingefügt	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 9, Abs. 2, c)	eingefügt	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 9, Abs. 2, d)	eingefügt	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 9, Abs. 2, e)	eingefügt	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 9, Abs. 3	aufgehoben	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 10a	eingefügt	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 11	aufgehoben	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 11b, Abs. 1, a)	geändert	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 11b, Abs. 1, b)	geändert	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 11b, Abs. 1, c)	geändert	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 11b, Abs. 1, d)	geändert	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 11b, Abs. 1, e)	geändert	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 11b, Abs. 1, f)	geändert	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 12, Abs. 5	eingefügt	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 15	Artikeltitlel ge- ändert	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 21	aufgehoben	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 22	aufgehoben	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 23	aufgehoben	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 24	aufgehoben	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 26	aufgehoben	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 27	aufgehoben	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 28	aufgehoben	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 29	aufgehoben	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 30	aufgehoben	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 31	aufgehoben	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 32	aufgehoben	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 32a	aufgehoben	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 33	aufgehoben	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 34	aufgehoben	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 42, Abs. 1	geändert	2017-021
07.02.2017	01.01.2017	Art. 50	eingefügt	2017-021
03.04.2018	01.05.2018	Art. 11b, Abs. 1, e)	geändert	2018-034